



Grüne Stadt

Seite 2

Gemeinschaftsschule

Seite 5

Parteifusion

Hier errichten
notorische Weltverbesserer

DIE NEUE LINKE.

nehmen dazu Geduld, Toleranz,
Schverstand und gehen mit Humor ans Werk.

Seite 6

sponsert wird der Bau weder vom
ken Geld, noch von Unternehmervereänden

Aus BVV und Bürgerversammlung

Verwaltung torpediert Mieterschutz



Die 6. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 25. April begann und endete turbulent. Musikschüler und ihre Lehrer forderten "Musikschulen statt Schloss". Die Bürgerfragestunde ergab: Der Bezirk schafft es nicht mehr, die Musikschule und andere Kultureinrichtungen von den Sparmaßnahmen auszunehmen. Der Antrag der Linksfraction zur Einrichtung einer Ombudsstelle für Hartz IV-Betroffene, damit ihre Widersprüche schneller bearbeitet werden (extraDrei berichtete), wurde nun beschlossen. Ebenfalls eine

große Mehrheit fand unser Antrag zum Einstieg in einen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS). Es sollen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für Langzeitarbeitslose statt Ein-Euro-Jobs geschaffen werden. Das soll das Bezirksamt noch in 2007 ermöglichen und dabei eng mit Pankower Trägern zusammen arbeiten.

Ein Antrag von B'90/Die Grünen zum kommunalen Klimaschutz wurde durch SPD und Linkspartei um weitere Aspekte ergänzt: Energieeinsparungen, der Bau von Photovoltaik-Anlagen, die Sanierung der Treibhäuser im Botanischen Volkspark Blankenfelde, der Bau einer Biogasanlage und eines Biomassehofes im oder am Rande des Botanischen Volksparks spielen genauso eine wichtige Rolle in dem Antrag wie der Ausbau des Radwegenetzes im Bezirk.

Skandalträchtig war, dass die von der BVV im Februar 2006 beschlossene Erhaltungsverordnung für die Wohnquartiere der "Grünen Stadt" durch die Verwaltung unterlaufen wurde. Die Verordnung

sollte Mieterhöhungen nach Modernisierungen moderat halten und sah für sozial schwache Mieter die Erarbeitung von Sozialplänen vor. Noch bevor sie rechtskräftig wurde, erteilte im März 2006 das Bauamt unter Leitung des damaligen Stadtrates Herrn Federlein (CDU) eine Baugenehmigung, die die Regelungen der Erhaltungsverordnung ignorierte.

Damit gab die Verwaltung für über 450 Wohnungen die Möglichkeit zur Durchsetzung der Satzungsziele gegenüber dem Vermieter aus der Hand, erklärte der neue Stadtrat Dr. Nelken (Die Linke.PDS). In einem Dringlichkeitsantrag forderten SPD, B'90/Die Grünen und Linkspartei das Bezirksamt auf, alles zu unternehmen, um diese Erhaltungsverordnung Grüne Stadt doch noch auf die betroffenen Wohnblöcke an der Greifswalder Straße anzuwenden. Schaden muss von Mieterinnen und Mietern der Grünen Stadt abgewendet werden. Die BVV bleibt dran an dem Thema.

Thomas Goetzke
Bezirksverordneter

Straßenausbau: Anwohner sollen zahlen



Das Bezirksamt Pankow plant, die Pasewalker Straße auf dem 1,3 km langen Abschnitt von der Autobahnanschlussstelle A114 bis zur Eweststraße in Buchholz auszubauen. Fahrbahn und Gehwege erhalten eine neue Befestigung. Die Knotenpunkte an der Anschlussstelle A114, an der Blankenburger Straße und am Blankenburger Weg werden bedarfsgerecht ausgebaut und erhalten Abbiegespuren. Die Kreuzung Marienstraße wird ebenfalls mit einer Abbiegespur verbreitert und eine Lichtsignalanlage installiert. Der Bezirksstadtrat für Öffentliche Ordnung, Verkehr und Verbraucher-

schutz Jens-Holger Kirchner (B'90/Die Grünen) informierte am 26. April in der Buchholzer Kirche die Anwohner und Gewerbetreibenden über diese Planungen sowie über die dazugehörige Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Von diesem Vorhaben werden immerhin ca. 450 Grundstücke betroffen sein.

Die anwesenden 250 Anwohner bewegte vor allem die Frage, weshalb der schon lange geplante Ausbau nicht vor Beschluss des Straßenausbaubeitragsgesetzes begonnen wurde. Dann wäre die Zahlung der Beiträge für die Bürger entfallen. Von Abzocke war da die Rede.

Die Beiträge selbst werden nach Feststellung der Gesamtkosten frühestens 2012 fällig. Das Gesetz sieht auf Antragstellung Erleichterungen für Härtefälle vor. Diese Regelung konnte im Gesetz durch die Linksfraction im Abgeordnetenhaus in der vergangenen Legislatur verankert werden.

In der Debatte ging das Bezirksamt auf die oft kritischen Meinungen und Bemerkungen der Anwohner ein. So unterbreiteten die Anwesenden den Vorschlag, die Wasserbetriebe an den Kosten des Straßenausbau zu beteiligen: "Schließlich nutzen die Wasserbetriebe die Baumaßnahmen, um ihre Wasserleitungen zu erneuern", äußerte ein Bürger. Allerdings lehnte hier das Bezirksamt ab, weil das Gesetz diese Kostenbeteiligung nicht vorsieht.

Die Linksfraction in der BVV wird die weitere Schritte begleiten und darauf achten, dass das Bezirksamt gegenüber den Bürgern gemachte Absprachen auch einhält. Mit Blick auf diese und weitere Straßenausbaumaßnahmen werden wir auf die frühzeitige Einbeziehung und Information der betroffenen Bürger bereits in den Planungsphasen achten.

Peter Lämmer
Bürgerdeputierter

Sozialer Zusammenhalt ist notwendig

Gemeinsam sind wir Stadt

extraDrei sprach mit der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Dr. Heidi Knake-Werner (Linkspartei) über ihre Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik sowie über die Verbesserung der Pflegeangebote:

Heidi, der Start von Rot-Rot II war etwas holperig. Hat der Senat aus Deiner Sicht jetzt Tritt gefasst?

Ja, es war kein leichter Neueinstieg. Aber inzwischen läuft die Arbeit ganz gut, trotz einer relativ einigen Jamaika-Opposition.

Die Koalition konzentriert sich auf die politischen Felder, die schon im Wahlkampf Durch DIE LINKE.PDS ganz nach vorne gestellt wurden: die Verbesserung des Kita-Angebots, ein längeres gemeinsames Lernen durch die Einführung der Gemeinschaftsschule, den Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor als Alternative zu den Ein-Euro-Jobs und den Erhalt der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand, also zum Beispiel keine weiteren Privatisierungen kommunaler Wohnungen.

In Deiner Zuständigkeit liegen die Bereiche Arbeit, Integration und Soziales. Welche Schnittstelle siehst Du zwischen den Bereichen?

Diese Kombination halte ich deshalb für sehr gelungen, weil gerade die sozialen Angebote in unseren Kiezen und die verbesserten Chancen auf dem Arbeitsmarkt wichtige Instrumente gegen Ausgrenzung und Armutsrisiken sind. Menschen mit Migrationshintergrund sind häufig von Armut bedroht und sind ohne Zukunftsperspektive.

Dies zu ändern steht im Zentrum unserer Integrationsanstrengungen.

Ein wichtiges linkes Projekt ist der Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) mit landesweit 2.500 Stellen. Warum ist das für Berlin so wichtig und wie ist der gegenwärtige Stand der Umsetzung?

Der ÖBS als unser wichtigstes Arbeitsmarktprojekt ist deshalb notwendig, weil wir den Langzeitarbeitslosen, an denen der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt vorbei geht, dauerhafte Arbeitsplätze in Bereichen anbieten wollen, die für den sozialen Zusammenhalt der Stadt notwendig sind. Es geht darum, die Lebenssituation der für die Älteren zu verbessern oder zum Beispiel junge Frauen bei der Bewältigung von Arbeit und Familie zu unterstützen.

Es sollen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen sein, die unabhängig von Sozialleistungen machen und das Selbstwertgefühl steigern.

Zur Umsetzung dieses Projektes brauchen wir die Unterstützung der Bundesregierung, die sich schwer tut, uns für die entscheidenden Schritte Rückenwind zu geben.

Berlin hat einen hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Das ist eine Chance für die Stadt, führt aber auch zu Konflikten. Wie kannst Du als Senatorin den Prozess der Integration positiv beeinflussen?

Ich verstehe Integration als große Chance für ein weltoffenes und interkulturell geprägtes Berlin. Wir wollen die Vielfalt fördern, ohne die Konflikte unter den Teppich zu kehren.

Das bedeutet: Dialog auf gleicher Augenhöhe, Partizipation und Mitgestaltungsmöglichkeiten. Mit dem jetzt vorliegenden Integrationskonzept II werden wir die wichtigsten Handlungsfelder der Politik aufzeigen und ressortübergreifend koordinieren.

Wir sagen aber auch klar und deutlich, welche Erwartungen wir an die Integrationsbemühungen der MigrantInnen dieser Stadt haben.

Die Lebenserwartung der Menschen steigt und zugleich der Bedarf an Pflegeangeboten. Es gab kürzlich Kritik an der Qualität in einigen Berliner Pflegeeinrichtungen. Wie hast Du auf diese Kritik reagiert?

Wir erleben, dass die Menschen älter werden und dabei überwiegend fit, gesund und aktiv sind. Aber viele sind auch auf Unterstützung und Pflege angewiesen. Für diese Phase des Lebens brauchen wir Einrichtungen, in denen Menschen gerne leben wollen und in Würde alt werden können.

Deshalb will ich neben der Kontrolle der Einrichtungen auch eine Qualitätsoffensive, die in der Breite auch von den Heimen selbst



mitgetragen wird.

Ein erster Schritt in diese Richtung ist der von mir initiierte „Runde Tisch Pflegequalität“. Dieses Gremium will sich für mehr Transparenz in den Heimen einsetzen. Qualität in den Heimen muss von innen kommen und kann nicht hineinkontrolliert werden. Ich werde diese Transparenzoffensive unterstützen.

Bleibt Dir trotz intensiver Arbeit noch etwas Zeit für Dich und was machst Du dann am liebsten?

Am liebsten sitze ich am See, ohne daran denken zu müssen, was ich für die kommende Woche vorbereiten muss.

Interview:
Andreas Bossmann

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Linkes Projekt ÖBS

ÖBS – ein neues Zauberwort und Hoffnung für viele langzeitarbeitslose Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt? Oder eine Luftnummer wie die sogenannten Ein-Euro-Jobs, die in keiner Weise ein tragfähiges Beschäftigungsmodell darstellen?

Auf dem Basistag der Linkspartei Pankow stellte am 19. April die Arbeitssenatorin und Genossin Heidi Knake-Werner das Referenzprojekt der Linkspartei - den Einstieg in einen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) - vor.

Die Zahl der länger als ein Jahr Arbeitslosen belief sich in Berlin Anfang 2007 auf 215.000 Menschen. Sie im ersten Arbeitsmarkt aufzufangen, ist schwer möglich. Also gilt es, neue Wege zu suchen. Alternativen sind möglich, so die Senatorin.

Erklärtes Ziel des Projektes ist es, Existenz sichernde und dauerhafte Arbeitsplätze zur Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge zu schaffen. Das gilt insbesondere



für die Arbeit im sozialen Bereich, zum Beispiel bei der Betreuung älterer Bürger, bei der Kinderbetreuung über die üblichen Zeiten hinaus oder im kulturellen Bereich. Projekte also, die sich nicht „rechnen“, aber notwendig für die zivilen Gesellschaftsstrukturen sind.

Als Zielgruppe für diese Beschäftigungsverhältnisse sind über 55-jährige ALG-II-Empfangende und Langzeitarbeitslose über 25 Jahre mit mindestens zweijährigem ALG-II-Bezug vorgesehen.

Um das hehre Ziel, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, sind noch einige Hürden zu nehmen. Für die vorgesehene Form der Bündelung der Leistungen bedarf es bundesrechtlicher Regelungen. Bis dahin ist beabsichtigt, den ÖBS-Einstieg über Eingliederungsmittel der Jobcenter sowie Landesmittel

zu finanzieren. Am Ende sollen die Betroffenen wenigstens einen Mindestlohn von ca. acht Euro pro Stunde statt 1,50 Euro in der Tasche haben.

Zum ÖBS gab es auch in unserer Basisorganisation viele Fragen. In unserem Kiez spielt bspw. die Begegnungsstätte Charlottenhof eine wichtige Rolle. Auch hier gibt es die Praxis, dass die Beschäftigten meist nach einem halben Jahr wieder in die Arbeitslosigkeit gehen müssen, was sowohl für die betreuten Bürger als auch für die Beschäftigten nicht akzeptabel ist.

Es ist zu hoffen, dass das Projekt ÖBS - in enger Zusammenarbeit mit den Bezirken - bald Früchte trägt.

*Hilde Stadlich und
Bertold Schubert
BO 2/4 Weißensee*

Der „andere“ Zirkus



Cabuwazi ist ein Zirkus zum Selbermachen. Hier treten keine Stars oder exotische Tiere auf. Im Mittelpunkt stehen aktive junge Menschen. Von Seiltanz bis Breakdance lernen an vier verschiedenen Standorten in Berlin jährlich rund 3.000 Kinder und Jugendliche zwischen 10 bis 17 Jahren verschiedene artistische Disziplinen. Höhepunkt des Trainings sind die gemeinsam mit Zirkusprofis entwickelten Shows. Hier zeigen dann die jungen Akteure ihrem Publikum, was sie gelernt haben.

Mitmachen können alle, die Lust auf Zirkus haben. Cabuwazi steht auch jenen offen, deren Eltern wenig Geld haben. Das Training ist grundsätzlich kostenlos. Den Machern des Zirkus geht es vor allem darum, Kindern aus allen gesellschaftlichen Schichten einen Ort zu geben, an dem sie Spaß haben und ihre Freizeit sinnvoll gestalten können.

Neu bei Cabuwazi ist die „Zirkuswerkstatt für Schüler - Berufsorientierung unter der Zirkuskuppel“.

Unter diesem Motto führt Cabuwazi seit August 2006 mit zehn Berliner Schulen bis November 2007 ein Projekt durch, welches vom Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Berliner Senat gefördert wird. Im Rahmen dieses Projekts können sich mehr als 700 Schülerinnen und Schüler in verschiedenen Zirkusdisziplinen ausprobieren.

Parallel dazu werden in Projektklassen in den Schulen berufsorientierende Praxisangebote geleistet, in denen Schülerinnen und Schülern unter anderem Kenntnisse in Bühnenbildbau, Licht- und Tongestaltung oder Kostümschneiderei vermittelt werden. Die jungen Leute bauen sich selbst ihr Zirkusprojekt zusammen und übernehmen darüber hinaus alle künstlerischen und organisatorischen Aufgaben. Neben der Berufsorientierung werden auch persönliche Eigenschaften wie Kompetenz, Eigeninitiative und Ausdauer gefördert. Das stärkt bei ihnen Selbstbewusstsein, Selbstvertrauen und ihre soziale Kompetenz.

Aber auch an Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, wendet sich Cabuwazi mit dem Projekt „Manege“. Die Teilnehmer probieren sich in verschiedenen handwerklichen Tätigkeiten aus, wie zum Beispiel der Holzbearbeitung, Farbgestaltung oder Licht- und Tongestaltung und erwerben auf diese Weise technisches Wissen für einen handwerklichen Beruf.

Seit dem Winter 2006 bietet Cabuwazi zwanzig älteren Langzeitarbeitslosen eine neue Form der Beschäftigung an. Im Rahmen eines Modellprojekts des Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) und unterstützt von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales vermitteln diese Arbeitslosen ihr umfangreiches Fachwissen an die Kinder und Jugendlichen weiter.

Weiter Informationen unter: www.cabuwazi.de oder Tel.: 030/3053 00 040.

Andreas Bossmann

Gemeinschaftsschule

Gemeinschaft macht Schule

In den nachfolgenden Beiträgen kommen Lehrer zu Wort. Menschen der Praxis werfen einen wohlwollend und zugleich kritischen Blick auf das Projekt der Linken: die Bildung einer Gemeinschaftsschule für Alle.

Von unten wachsen

Nach Pisa sollte über den Sinn einer Gemeinschaftsschule eigentlich nicht mehr gestritten werden. Doch warum wird sie unter vielen Lehrerinnen und Lehrern in Berlin mit Vorbehalten bedacht?

Zunächst ist Skepsis zu beobachten. Das ist angesichts der ständig fortschreitenden Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für das Lehrpersonal und der damit einhergehenden pädagogischen Verschlechterungen in der Berliner Schule auch kein Wunder. Die zahlreichen Reformen - wenn der Begriff denn überhaupt seine Berechtigung hat - der letzten Zeit haben diese Sichtweise nur noch verstärkt. Sie brachten den Kindern und Jugendlichen kaum entscheidende Verbesserungen und bescherten den Lehrerinnen und Lehrern drastische Mehrbelastungen. Daher glauben derzeit nur wenige, dass in der Versuchsphase die Schulen, die sich für die Gemeinschaftsschule engagieren, tatsächlich die notwendigen Personal- und Sachmittel zur Verfügung haben werden. Es steht schlicht die Frage, ob die Gemeinschaftsschule politisch überhaupt gewollt ist.

Es werden verschiedene Modelle diskutiert, aber nur eine von unten heraufwachsende Schule ist ein ernst zu nehmender Ansatz. Andere im Herbst durch Presseveröffentlichungen ins Gespräch gekommene Varianten wie Schulzentren, Übergang geschlossener Klassen zur Oberschule u.ä. werden bei den Lehrenden abgelehnt. Somit stellt sich die Frage nach der Einbeziehung der Gymnasien gar nicht. Einer Gemeinschaftsschule sollte der Gedanke der Gliederung grundsätzlich fremd sein.

Die einzige bislang in Berlin existierende gemeinschaftliche Schulform - die Grundschule - wird in Diskussionen allein als ausbaufähige Grundlage gesehen. Die Auslese soll möglichst spät erfolgen. Hier werden oft gute Erfahrungen der Polytechnischen Oberschule in der DDR angeführt, die bis Anfang der

80er Jahre die Schülerinnen und Schüler nach der achten Klasse an die Erweiterten Oberschulen abgaben. Dies wird vor allem mit der notwendigen Zeit bis zum Abitur begründet.

Als fundamentale Frage wird darüber hinaus gesehen, wie man die Eltern ins Boot bekommt. Denn Akzeptanz wird eine Schulform nur finden, wenn sie überzeugend als die bestmögliche präsentiert wird. Daher wird die Gemeinschaftsschule auch immer unter dem Aspekt der Ganztagschule diskutiert.

Wolf-Rüdiger Hennig
Realschullehrer

Janusz-Korzak-Oberschule

Keine halben Sachen

Als berentete Lehrer, die noch immer mit ganzem Herzen an der Schule hängen, verfolgen wir die Bemühungen der Linkspartei um eine Gemeinschaftsschule sehr aufmerksam. Wir können nur bestätigen, dass die soziale Ungleichheit der Gesellschaft auf die Schule durchschlägt. Selbst sehr begabte Schüler haben nicht selten Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache und dann kaum Chancen, sich das erforderliche Wissen für einen guten Abschluss zu sichern.

So wie die „Gemeinschaftsschule“ angedacht ist, kann damit etwas wirklich Neues geschaffen werden. Jeden einzelnen Schüler zu fördern, soll und muss das Ziel dieser Schule sein. In ihr sind solche Bedingungen zu schaffen, dass die Mädchen und Jungen lernen wollen, denn erzwingen kann man Lernen nicht. Das klingt einfach, ist aber so schwer zu machen. Es soll sich eine Schule für alle Kinder vom ersten bis zum zehnten Schuljahr herausbilden. Dass dies geht, zeigen Skandinavien und die Polytechnische Oberschule in der DDR.

Also, es geht um mehr als nur die Veränderung der Schulstruktur oder Schaffung einer Gesamtschule: Eine Gemeinschaftsschule zu wollen, heißt zum einen Ganz-



tagsschulen aufzubauen. Zu den Betätigungsfeldern der Kinder in der Gemeinschaftsschule gehören u.a. Sport, Theater, Singen. Unge-rechtfertigte Leistungsunterschiede auch in anderen Wissensbereichen können hier abgebaut werden.

Damit schaffen wir Bedingungen für ein selbständiges Lernen. Die Ablenkungen durch Fernsehen, Computerspiele u.a. zu Hause sind für manche Schüler viel zu hoch. Oftmals fehlt auch elterliche Aufmerksamkeit. Kinder aber brauchen Beaufsichtigung und Anregungen beim Lernen. Bei 27 Pflichtwochenstunden kann das nicht noch von den unterrichtenden Lehren geleistet werden. Herr Finanzsenator Sarrazin (SPD) wird sofort die Stimme erheben und seine Ablehnung mit mangelndem Geld begründen. Ja, Schule kostet Geld und die Gemeinschaftsschule kostet mehr Geld. Wir brauchen wirkliche Änderungen.

Ein ebenso hoher Anspruch geht an Inhalt und Gestaltung der schulischen Arbeit. An der Gemeinschaftsschule werden anders und inhaltlich besser ausgebildete Lehrer gebraucht. Wer in der Ganztagschule arbeiten will, der muss nicht nur den Stoff darbieten können. Er muss ein kulturvolles Leben mit und für die Schüler gestalten wollen. Es gibt verbreitet Stimmen, die vor der Größe dieser Aufgabe warnen und lieber ein bisschen an der Lehrerbildung, an der Schulstruktur (Hauptschulen) ändern wollen. Wer so das Anliegen anpacken will, wird scheitern.

Aber eine wirkliche Weiterentwicklung der Schulen in Berlin muss angepackt werden.

Klaus Flemming
BO Gymnasium

Die Fusion der Linken im Spiegel ihrer Mitglieder

Ja zur Fusion

Als unser Parteitagsdelegierter Genosse Gert Cramer auf der Ortsbandsveranstaltung für die Fusion von Linkspartei.PDS und WASG warb, rannte er bei den Genossinnen und Genossen offene Türen ein. Zur Bildung der neuen Linken gibt es einhellige Zustimmung. Wir hatten uns in den Basisorganisationen intensiv mit den Gründungsdokumenten beschäftigt, haben über Probleme gestritten und uns mit Amtsträgern beraten. In Gesprächen, zum Beispiel mit Katina Schubert, Mitglied des Parteivorstandes auf dem Basistag und im Ortsverband, waren wir umfassend informiert worden und hatten die Möglichkeit, unsere Anregungen

mit auf den Weg zu geben, so etwa die Auffassungen zum demokratischen Sozialismus.

Wir haben nun mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass er einen zentralen Platz in der politischen Zielrichtung der neuen Linken gefunden hat. Positiv wurde auch vermerkt, dass Mandatsträger verpflichtet werden, die programmatischen Grundsätze der Partei zu vertreten. Es gibt natürlich auch offene Fragen. Wie viel geben wir von unserer Identität auf? Inwieweit kann die Quotierung, zum Beispiel in den Basisorganisationen zu lähmendem Formalismus führen?

Wie gelingt es künftig, die Politik des strategischen Dreiecks in der

Realität zu verwirklichen?

Diese und andere Probleme werden bei der Erarbeitung des neuen Programms eine entscheidende Rolle spielen. Und das wird, kein einfacher Prozess sein. Hoffentlich geht dabei Gregor Gysis Wunsch für die neue Linke in Erfüllung: neunzig Prozent Beschäftigung mit der Politik und nur zehn Prozent Beschäftigung mit uns selbst.

Auch für uns in den Basisorganisationen eine Aufforderung, mit hoffentlich neuen Mitstreitern politische Aktivitäten in der Öffentlichkeit zu entwickeln.

Renate Tepper
BO 12 Weißensee

Viele Linke

Blättere ich in der ROSALUX, der neuen Zeitschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung, so lese ich von differenzierter Gesellschaft, deren Mitglieder sich durch unterschiedlichste Lebenslagen und kulturellen Praktiken (Meinhard Meuche-Mäker) auszeichnen. Oder ich folge Schilderungen von ganz normalen Menschen, deren Normalität sich in ihrer Verschiedenheit zeigt (Christoph Spehr). Beide Autoren begründen oder schildern die Notwendigkeit einer pluralen Partei. Spehr möchte gerne die Pluralität produktiv werden lassen, Meuche-Mäker versteht die Vielheit als Bereicherung. Worte, die zunächst

schön klingen - denn wer will schon eine Kopie des Anderen sein. Doch wie schaut es konkret aus? Wie viel Gleichheit müssen wir uns gegenseitig zugestehen, um die Andersartigkeit erträglich zu finden? Ist denn nicht das, was uns eint, das, worin wir uns spiegeln und wiederfinden können?

Ich gehe zum Friseur und treffe meine Nachbarin. Da beraten wir uns, was chic ist oder dass die Treppenhäusereinigung jetzt besser funktioniert. Oder wir verabreden wir uns auf einen Plausch im Café. Spätestens hier komme ich ins Grübeln: wenn ich mich als Mensch des Anderen und damit mich selbst ver-

gewissern möchte, ist das nicht ein Indiz unserer Unterschiedlichkeit. Es stimmt, ich lebe nicht aus mir allein heraus. Aber ich lebe durch den Anderen gerade deswegen, weil wir verschieden sind. Was für eine gekonnte Widersprüchlichkeit, die uns Menschen auszeichnet aber auch interessant macht.

Ich denke, wir haben eine sehr schwierige Aufgabe vor uns, wenn wir uns auf Grundlage solch eines Verständnisses organisieren wollen. Doch Schütteln wir den Zauder ab und erarbeiten uns gemeinsam das Viele.

Lena Tietgen
BO Luise

Mehr Rabatz

Das Jahr 2007 wird ein in politischer Hinsicht bedeutsames Jahr. Erstmals bildet sich auch in Deutschland eine bundesweite linke Partei als Alternative zu den herrschenden Diskursen. In Berlin und in unserem Bezirk läuft dieser Fusionsprozess aber keineswegs reibungslos.

Die Berliner WASG, die in weiten Teilen von der sektiererischen Sozialistischen Alternative Voran (SAV) dominiert ist, plant die Gründung eines regionalen Verbands. Sie hofft, dass sich daraus eine Opposition zur derzeitigen Regierungspolitik der Berliner Linkspartei.PDS entwickelt. Viel eher wird es aber wohl eine weitere Kleingrup-

pierung in der zersplitterten linken Politiklandschaft werden. Dennoch gibt es nicht wenige GenossInnen in der hiesigen WASG, die den Fusionsprozess befürworten und die Chance für eine starke linke Partei erkannt haben. Diese Kräfte gibt es auch in Pankow, auch wenn sie in einer Minderheit sind.

Für uns bestehen gewaltige Chancen in der Vereinigung mit der WASG, die weit über die „Westausdehnung“ hinausgehen. Die WASG bringt einen starken Kontakt zu den Gewerkschaften und zu den sozialen Bewegungen mit in die Partei ein. Sie bietet viel kritisches Potential, das die derzeitigen Verhältnis-

se in der Berliner Linkspartei zum Tanzen bringen kann. Und sie bringt uns endlich die lange vermissten Arbeiter und den Nachwuchs, die in der von Akademikern und Rentnern dominierten Linkspartei.PDS dringend notwendig sind.

Diese GenossInnen aus der WASG dürfen daher auch auf keinen Fall von der großen Schwester Linkspartei einfach absorbiert werden. Wir sollten unsere Kraft in den Fusionsprozess legen, uns nicht vom Schüren von Vorurteilen aus beiden Lagern ablenken lassen und die einmalige Chance erkennen.

Jörn Wegner
BO Dimmi-Ringbahn und WASG

Mai Feier

Stimmung – Wetter – Politik

Klein, aber fein: Alle Jahre wieder wird am 1. Mai unser Fest an der Bötzoweiche gefeiert. Auch in diesem Jahr war das Fest für Jung und Alt ein voller Erfolg. Mit vielen Helfern vor und hinter den Kulissen konnten wir ein interessantes Programm auf die Beine stellen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben das reichhaltige Angebot an Information, Kultur und Gaumenfreuden genutzt und einen schönen Nachmittag mit der Pankower Linkspartei verbracht.

Ob Bier und Steak, Kaffee und Kuchen, Schmalzstulle und Gurke – die Auswahl war riesig und hat allen geschmeckt. Mit der Gruppe „Kulturprogramm“ und Dagmar Gelbke und den „Oderhähnen“ kamen auch die Lachmuskeln nicht zu kurz. Anziehungspunkt für die Kinder war das Malen mit Kreide rund ums Glücksrad. Für die Freunde des Schachspiels wurde eine Schachhecke eingerichtet, die immer dicht umlagert wurde

Politik gab es in den Gesprächsrunden mit unserer Senatorin Heidi Knake-Werner zur aktuellen Situation in Berlin und dem Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, mit der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und dem Landesvorsitzenden Klaus Lederer zu Projekten der Linken sowie mit der Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus und Stefan Liebig zur Wirtschaftsförderung und Existenzgründung in Berlin und im Bezirk.

Eine gute Tradition ist dabei, dass Politiker unser Partei vor und nach den Gesprächsrunden den Bürgerinnen und Bürgern im kleinen Kreis zu weiteren Nachfragen zur Verfügung stehen.

Aber auch der Protest kam nicht zu kurz, so vor allem für den Erhalt des Mieterladens in der Grünen Stadt. Und schließlich informierten wir zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung über die Mindestlohnkampagne.

Der ungewöhnliche Abschluss mit



einer Elvis Presley-Imitation und vielen Mitsängern lassen einen positiven Eindruck für dieses Fest zurück bei mir, verbunden mit der Hoffnung auf ein schönes Mai-Fest im Jahr 2008

Der Bezirksvorstand bedankt sich bei allen, die an der Vorbereitung und Durchführung des Festes mitgewirkt haben.

Gert Cramer

Aus dem Bezirk

■ Kita-Eigenbetrieb

Der für die kommunalen Kitas in Pankow, Marzahn und Lichtenberg zuständige Kita-Eigenbetrieb NordOst hat das erste Jahr erfolgreich absolviert. Gute Auslastung der Plätze, hohe Investitionen in den Einrichtungen, zufriedene Kinder und Eltern sowie ein motiviertes Personal sind das Ergebnis der Umstrukturierung.

■ Jugendaustausch

„Interkulturalität und Vielfalt. Jugend und Kultur in Einwanderungsgesellschaften in der BRD und Berlin“ war das Motte eine internationalen Jugendaustausches, der vom 10. bis 19. April in Pankow stattfand. Jugendstadträtin Christine Keil (Linkspartei.PDS) sagte dazu: „Internationale Begegnungen junger Menschen sind ein ganz wichtiger Teil der Jugendarbeit des Bezirksamtes.

Gemeinsame Aktivitäten und das Kennenlernen unterschiedlicher Kultur und Lebensweisen sind wichtig für mehr Toleranz und Ak-

zeptanz gegenüber anderen Völkern und Menschen.“

■ Vier Kinder in einer verwahrlosten Wohnung

Zu dem jüngst bekannt gewordenen Fall von vier Kindern kündigte der Vorsitzender des Kinder- und Jugendhilfeausschuss in der BVV Pankow Sören Benn (Linkspartei) an, dass sich der Jugendhilfeausschuss in seiner nächsten Sitzung mit dem Fall beschäftigen wird. Es soll geklärt werden, ob es Versäumnisse seitens des Jugendamtes gab und ob die zur Verfügung stehenden Mittel und die personelle Ausstattung ausreichen, solchen Zuständen vorzubeugen. Kritik übte Benn an den Medien: „Es trägt allerdings nichts zur Aufklärung bei, wenn der Wohnort der Kinder, Bilder von der Wohnung oder gar den Kindern selbst in den Medien erscheinen. Im Interesse der Kinder liegt viel mehr, auch bei der berechtigten Skandalisierung solcher Zustände, ihre Privatsphäre zu schützen.“

Parteireorganisation: Basisbefragung angelaufen

Der Bezirksvorstand hat sich mit einem Fragebogen an alle 73 Basisorganisationen (BO) gewandt, um eine umfangreiche Analyse der Vor-Ort-Strukturen der Partei zu erstellen. „Der erste Schritt, um wieder stärker zu werden, ist daher ein genaues Bild der eigenen Kräfte zu gewinnen“, heißt es in dem Begeleittext des Vorstandes.

Es geht dabei nicht nur um organisatorische, sondern auch darum, ein aktuelles politisches Meinungsbild aus den BO zu gewinnen.

Erste Zwischenergebnisse sollen auf der Hauptversammlung am 23. Juni vorgestellt; die Gesamtauswertung soll im September erfolgen. Rege Beteiligung ist erbeten.

Beantwortete Fragebögen bitte an die Adresse: Linkspartei.PDS Pankow, Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin schicken oder dort abgeben oder per email an sandra.brunner@linksfraktion.de bzw. marian.krueger@linksfraktion.de. Sandra und Marian stehen Euch in der Debatte in den BO auch gerne zur Verfügung.

Über Volkscomputer und Flower-Shops

Wir verstehen uns nicht mehr!



Im Vorab, das betrifft nicht meine Frau und mich. Sondern meine Enkel.

An meinem 71. Geburtstag trat wie seit vielen Jahren die ganze Familie zur Geburtstagsfeier an. Die Kleinsten, immerhin 16 Jahre alt, begrüßte mich mit den Worten: „Hi, big daddy.“ Gleich auf der Straße, vor dem Überreichen der schönen Blumen, das obligatorische Ständchen. „, Habby birsti to yoo“.

Wir wanderten durch den Garten, wir müssen immer durch den Garten, um ins Haus zu kommen.

Und im Vorgarten viele Blumen. Viele Fragen: „Was sind denn das hier für Flauers?“ Ich erklärte die deutschen Namen. Tulpen, Rosen, Margeriten, na und so weiter.

Das Wort „Flauers“ war mir schon geläufig. Seit einigen Wochen gab es in unserem Ortsteil eine Umbenennung des Geschäftes für Blumen und Pflanzen in „Flower shop“.

Ein Blick in ein Wörterbuch gab mir die Übersetzung. Abendessen: Auf der Speisekarte standen Pommes

frites, Kurzfassung Pommes, Steak, Chicken wings, Kurzfassung Chicken, Spareribs, Hähnchenbrust gegrillt und Worcester Sauce.

Ein klassisches englisches Essen. Es wurde wenig gesprochen. Jeder war mit sich und seinem Teller beschäftigt.

Als Kompott wurde Obstsalat aus Äpfeln, Orangen, Erdbeeren (Strawberry) gereicht.

Juice von Orangen und Äpfeln durfte nicht fehlen Na, schon Appetit? Auf jeden Fall waren alle mehr als satt.

Der übliche alkoholische Schluck sollte verhindern, dass größere Verdauungsprobleme auftreten konnten. Jägermeister oder Fernet Branca, Eiskorn aus Nordhausen oder Moskowskaja.

Der Abend versprach lustig zu werden.

Zuerst kamen die obligatorischen Fragen an den Enkel Marian zu Computern. Button, acces, broadcasting, clock pulse, image processing.

Diese und viele andere Begriffe purzelten nur so durch den Abend. Nun

kamen meine Minuten. Erst die Frage: Geht es denn nicht in der Muttersprache. Antwort: Nein, die Computersprache ist eine Fachsprache und die ist Englisch.

Da musst du dich schon bemühen, diese Sprache zu erlernen. Frohlocken bei mir. Ich habe einen neuen PC bei Siemens gekauft. Der heißt Volkscomputer und die Bedienungsanleitung ist ausschließlich in deutscher Sprache verfasst.

Erstaunen, geht das? So ging es weiter und bei politischen Fragen auch wesentlich streitbarer.

Bei der Verabschiedung am nächsten Morgen überreichte ich jedem Enkel eine Kartei für die Aufführung von „Goethes Faust“ im Deutschen Theater. Ob sie der Aufführung wohl folgen können? Intelligent genug sind sie. Ob es aber auch mit der Sprache klappt?

Natürlich verstehen wir uns mit den vier Enkeln blendend.

Klaus Flemming

WANNWOWASWANNWOWASWANN

21. Mai 18.00 Uhr

Bezirksvorstand, Geschäftsstelle Kopenhagener Straße 76

16. April 18.00 Uhr

Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

18. April 17.00 Uhr

AG Gesundheit, Arbeit und Soziales, Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

20.00 Uhr

„Brot, Pop & Politik – Stefan Liebich und Gäste“, Brotfabrik an der Weibenseer Spitze (Caligariplatz); Thema: Stalinismus, Gäste Gesprächspartner: Karlen Vesper, Historikerin; Dr. Ulrich Mähler, Stiftung Aufarbeitung;

12. April 18.00 Uhr

Bezirksvorstand, Geschäftsstelle Kopenhagener Straße 76

16. April 18.00 Uhr

Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

18. April 17.00 Uhr

AG Gesundheit, Arbeit und Soziales, Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

20.00 Uhr

„Brot, Pop & Politik – Stefan Liebich und Gäste“, Brotfabrik an der Weibenseer Spitze (Caligariplatz); Thema:

Walter Momper, Mitglied im Verein Opfer des Stalinismus: Dr. Klaus Lederer, Landesvorsitzender der Linkspartei

19. April 18.00 Uhr

Basistag, Geschäftsstelle Kopenhagener Straße 76

23. April 18.00 Uhr

Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

25. April 17.30 Uhr

6. Tagung der BVV Pankow im Bezirksamt Fröbelstraße

18.30 Uhr

Beratung Wahlkreisaktiv Vineta, Hausklub Elsa-Brändström-Straße 6

Walter Momper, Mitglied im Verein Opfer des Stalinismus: Dr. Klaus Lederer, Landesvorsitzender der Linkspartei

19. April 18.00 Uhr

Basistag, Geschäftsstelle Kopenhagener Straße 76

23. April 18.00 Uhr

Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

25. April 17.30 Uhr

6. Tagung der BVV Pankow im Bezirksamt Fröbelstraße

18.30 Uhr

Beratung Wahlkreisaktiv Vineta, Hausklub Elsa-Brändström-Straße 6

28. April 12 bis 14 Uhr

Uhr Infostand der BO Luise am Rathauscenter Pankow

1. Mai 13 bis 18 Uhr

1. Mai-Fest an der Bötzw-Eiche, Bötzwstraße/Am Friedrichshain

2. Mai 16.00 Uhr

Bürgersprechstunde des Abgeordneten Stefan Liebich, Geschäftsstelle Kopenhagener Straße 76

14. Mai 18.00 Uhr

AG Gleichstellung und Migration, Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

26. Mai 12 bis 14 Uhr

Infostand der BO Luise am Rathauscenter Pankow mit Klaus Lederer, Mitglied des Abgeordnetenhauses

28. April 12 bis 14 Uhr

Uhr Infostand der BO Luise am Rathauscenter Pankow

1. Mai 13 bis 18 Uhr

1. Mai-Fest an der Bötzw-Eiche, Bötzwstraße/Am Friedrichshain

2. Mai 16.00 Uhr

Bürgersprechstunde des Abgeordneten Stefan Liebich, Geschäftsstelle Kopenhagener Straße 76

14. Mai 18.00 Uhr

AG Gleichstellung und Migration, Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

26. Mai 12 bis 14 Uhr

Impressum

Herausgeber:

Die Linke.PDS
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-pankow.de
eMail: redaktion@pds-berlin-pankow.de

V.i.S.d.P.:

Gernot Klemm

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

11. Mai 2007

Druck: double express

Auflage: 9.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint zwischen

25. und 27. Juni.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und Stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist Steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.